

Aus dem Stadtverordnetenensaale

Sitzung vom 8. Juni.

Der Rat teilt in einem Schreiben mit, daß sich eine weitere Erörterung über den Durchbruch der Dorotheenstraße erledigt habe, da die Gesellschaft, die die Planung vornehmen wollte, auf deren Ausführung verzichtet habe...

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde zunächst ein Gesuch des Stadtv. Buchhändlers Czurab, um Genehmigung zur Niederlegung des Amtes als Stadtverordneter genehmigt.

Der Ausbau der Endhaltestelle Leipzig-Connwitz, dem Ausbau der Endhaltestelle für die A-Mitte der großen Leipziger Straßenbahn in der Kaiser-Wilhelm-Straße, sowie der Einlegung eines Verbindungsgleises von der Dreilindenstraße nach der Frankfurter Straße wurde zugestimmt.

Unter Erweiterung des Interims der Karolafabrik und der Erhöhung des Pensionspreises auf 410 Mk. jährlich von Oktober 1911 ab wurde zugestimmt.

Zu einer längeren Debatte kam es bei der Beratung der Haushaltspläne des Verbandes evangelisch-lutherischer Kirchengemeinden in der Stadt Leipzig, sowie der Verbandsrechnungen von 18 Vorortgemeinden für 1910.

Stadtverordnetenvorsteher Dr. Nothke ersucht den Rat, die Bewilligung der städtischen Zuschüsse vor der Bedingung abhängig zu machen, daß bei den Besichtigungen von Unruhen im Kolonialarium am Sühfriedhof von den Kirchlichen Friedhöfen keine Umgehungsgebühren mehr verlangt werde.

Stadt. Sander wandte sich gegen die erhöhten Ansprüche der Geistlichen. Den Kirchengemeinden sei zu empfehlen, den Geistlichen gegenüber mehr Mäßigkeit zu betonen.

Stadt. Pollender (Soz.): Aufgabe der Kirchengemeinden sollte es eigentlich sein, für ihre eigenen Bedürfnisse selbst zu sorgen. Der Umstand, daß die Hälfte des Fehlbetrags in üblicher Weise von der politischen Gemeinde gedeckt werde, sollte nicht nur Anlaß sein, auf dem vom Vorsteher gesehnen Wege vorzugehen, sondern auch noch in anderer Weise.

Oberbürgermeister Dr. Dittich erwiderte, diese doppelte Gebühr habe nichts mit der religiösen Ueberzeugung zu tun. Die Mitglieder der Gemeinden müßten zu den Lasten beitragen.

Stadt. Pflaume (Mittelt.) meinte, die jetzigen Zuschüsse könnten beseitigt werden, wenn sich die reichen Leipziger Verbandsgemeinden entschließen würden, die ärmeren Vorortgemeinden in den Verband aufzunehmen.

Stadt. Pollender (Soz.): Der Bürgermeister habe vorgeschlagen, daß die doppelten Gebühren gerechtfertigt seien. Wenn die Betroffenen könnten sich in die dazwischen liegenden, so hätten sie einmal die Umgehungsgebühren, dann aber auch die erhöhten Transportkosten nach dem entfernten städtischen Friedhof zu tragen.

Oberbürgermeister Dr. Dittich bemerkte auf die Ausführungen Pflaumes, daß die Aufnahme der Vorortgemeinden nicht an dem Widerstand der Leipziger Verbandsgemeinden, sondern an dem Widerstand gerade der reichen Gemeinde Gohlis geknüpft sei.

Der Ausschussantrag wurde schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Bei der Beratung einer Ratsvorlage über die Gewährung eines Zuschusses von 6000 Mk. an die Rettungsgesellschaft (Samariterverein) zur Deckung des Fehlbetrags von 1900 trat Stadt. Pollender (Soz.) für eine Verabstufung des Rettungswesens ein.

trieb viel rationeller führen können. Außer den Kosten des Transportwesens (1000: 2110 Mk.) streitet die Ortskrankenkasse auch die Aufwendungen für Verbandsmittel, im Jahre 1909 2000 Mk., also mehr, als die Gesellschaft überhaupt für Verbandsmittel aufwende, nämlich 1771 Mk.

Der Rat hatte beschlossen, dem Verein für innere Mission a) für den Neubau der Herberge in der Seeburgstraße einen einmaligen Beitrag von 10 000 Mk. und b) für die Errichtung einer Krankenbaracke mit Bad in Borsdorf einen einmaligen Beitrag von 5000 Mk. aus städtischen Mitteln zu gewähren.

Stadt. Kressin (Soz.) bemerkte, daß die Sozialdemokraten die Ratsvorlage ablehnen, einmal aus prinzipiellen Gründen, dann aber auch, weil die Innere Mission mit ihren Betrieben ein ganz gutes Geschäft mache und derartige Zuschüsse nicht bedürfte.

Stadt. Meyer bemerkte, es betrübe ihn sehr, daß man über die Tätigkeit des Vereins so absprechend urteile, lediglich weil er im Namen des Christentums arbeite.

Stadt. Kressin (Soz.) wies darauf hin, daß die Verhandlung in den christlichen Herbergen allem anderen als den christlichen Grundsätzen entspreche.

Stadt. Pollender (Soz.) fand es sehr bedauerlich, daß ein Mann der Wissenschaft wie Dr. Meyer, so oberflächlich über eine Sache urteile. Es freie sich, daß durch die Betriebe der Innere Mission die Arbeitslosigkeit nicht im geringsten gemindert werde.

Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Der Gewährung eines Beitrags von 1000 Mk. an den Deutschen Buchgewerbeverein für Unterstützung von Buchgewerbetagungen zum Besuch der Brüsseler Weltausstellung wurde zugestimmt.

Ohne Debatte wurde ferner die Fortgewährung laufender Unterstützungen an Hinterbliebene von Beamten der vormalsigen Gemeinde Südteritz, Bewilligung von Jährgeld und Vorkursgeld sowie anderweitige Befreiung der Dienstverpflichteten Beamten usw. und die Verrechnung der Beamten der Polizeiwache und Bewilligung der erforderlichen Kosten zu Kosten von Konto 1 Position 154 a des Haushaltsplans für 1910 bewilligt.

Genehmigt wurden ferner: die Errichtung einer neuen Stiftungsurkunde für die König-Albert-Stiftung der vormaligen Gemeinde Südteritz, die Errichtung einer rechtsfähigen Stiftung unter dem Namen Pöhlische Stiftung, die Erneuerung des Dedens- und Wandanstrichs in zwei Sälen des Grassmuseums mit einem Aufwand von 2044,87 Mk. und die Nachbewilligung von 500 Mk. zum Ankauf von Polizeihunden, von 500 Mk. zu den Unterhaltungskosten und von 500 Mk. zur Errichtung eines Hundebauwagens.

Ein früherer Beschluß, der dahin ging, vom Johannishospital als Verfügungssumme zur Bekämpfung der Sänglingssterblichkeit 18 000 Mk. in das Konto Gesundheitsamt einzustellen, wurde auf eine Rückübernahme des Rats, entgegen dem Antrag des Finanz- und des Stiftungsausschusses mit 27 gegen 14 Stimmen wieder aufgehoben.

Zu einer längeren Aussprache kam es noch einmal bei einer Minderungsanfrage über die Gewährung städtischer Zuschüsse an höhere Privatschulen. Die vom Kollegium früher gestellten Bedingungen bezüglich der Erhöhung des Schulgelds für auswärtige Schüler ist von einigen Schulinspektoren abgelehnt worden.

Die Gewährung eines Beitrags von 1000 Mk. an den Leipziger Verein für Luftschiffahrt für das am 19. und 20. Juni stattfindende Ballonwettrennen wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt.

Es folgt noch eine nichtöffentliche Sitzung.

XIII. Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands.

r. Köln, 8. Juni. Dritter Verhandlungstag.

Die Sitzung begann mit den Schlussworten des Hauptvorsitzenden und des Vertreters des Ausschusses. Simon ging auf alle Momente ein, die die einzelnen Delegierten gegen die Tätigkeit des Vorstands gemacht hatten.

Nachdem auch Haupt in seinem Schlusswort auf verschiedene gegen den Ausschuss gerichtete Einwendungen geantwortet, wurde der Antrag auf Entsendung einer Studienkommission angenommen.

Siegraus wurde in Punkt 3 der Tagesordnung: Statutenberatung, eingetretet, zu dem 107 Anträge gestellt sind. Bei Stellung der Unterfragefrage stellten jedoch eine ganze Anzahl Anträge aus.

Der Vorsitzende Simon wandte sich ganz entschieden gegen diese Art der Jugendorganisation, die nicht den Bedürfnissen der Partei- und Gewerkschaftsorgane entspricht.

Nach einer Anzahl weiterer Anträge wurden zur Abstimmung gebracht. Soweit sie angenommen wurden, führen sie keine statutarische Änderungen herbei, die nicht von Allgemeininteresse sind.

Ein Antrag, verheirateten männlichen Mitgliedern die wöchentliche Stelle für 2 Mk. am 2. März zu erhöhen, wurde abgelehnt.

Einer fünfgliedrigen Kommission wurden alle Anträge in Bezug auf Krankenunterstützung usw. überwiesen. Donnerstag wird die Statutenberatung fortgesetzt.

17. Verbandstag der Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen Deutschlands.

k. v. Berlin, 10. Juni.

Wittich-Frankfurt a. M. erstattete den Bericht des Ausschusses, der sich auf einige Beschwerden ungewisser Natur erstreckt. Es folgte eine kurze Diskussion. Dann referierte der Verbandsvorsitzende Geil über die Verhältnisse mit dem Verband der Mühlenarbeiter.

Dem Referat folgte eine ausgedehnte Debatte. Die meisten Redner sprachen gegen die Verschmelzung. Sie meinten, die Mühlenarbeiter hätten den Anschluss an den Brauereiarbeiterverband nur deshalb gesucht, weil ihnen derselbe mehr Vorteile zu bieten schien.

Die Diskussion wird morgen fortgesetzt.

Arbeiter, Parteigenossen! Gedankt Eurer kämpfenden Klassengenossen, der ausgesperrten Bauarbeiter!